

xpl032 pl 3 DDP 0155 über ddp vom 07.12.02 11:20:00

EU/Erweiterung/ANA/

(Analyse) Erziehung zur Begeisterung - Brüssel will die EU-Bürger mit Informationskampagnen für die Erweiterung gewinnen

--Von ddp-Korrespondentin Christina Denz-- (Mit Hintergrund und Infokasten)

Berlin (ddp). Des Volkes Meinung ist Brüssel wichtig. So wichtig, dass die EU viel Geld investiert, um die Bürger von der EU-Erweiterung und den anstehenden Reformen zu überzeugen. Kaum ein EU-Politiker verzichtet auf Diskussionsveranstaltungen oder Internet-Chats. Der Erfolg allerdings stellt sich noch nicht so recht ein. Der Kenntnisstand vieler EU-Bürger über die Brüsseler Zukunftspläne gilt als "erschreckend". Bis zur Aufnahme von zehn neuen Ländern 2004 müssen sich die PR-Strategen also noch etwas einfallen lassen.

Mindestens zwei Drittel der Bevölkerung müssen sich dem Werbe-Experten Hans Bellstedt zufolge explizit zur Erweiterung bekennen, sonst geraten die Brüsseler Führungsköpfe in Erklärungsnot. Bellstedts Agentur "Plato Kommunikation" erhielt von der EU-Kommission zu Beginn des Jahres den Zuschlag, ein Konzept zu entwickeln, wie den Menschen die Idee eines politisch vereinten Europas nahe zu bringen sei.

Bellstedt und sein Team zielen dabei unter anderem auf die als besonders skeptisch geltenden Jugendliche und die Menschen in Ostdeutschland. Mit einer Reihe von "Werkhallen-Talks" versuchen sie, Arbeiter und Angestellte für die europäische Idee zu gewinnen und ihnen die Angst vor Arbeitskonkurrenz aus Osteuropa zu nehmen. Erst kürzlich lud die Agentur in die Görlitzer "Turbinenhalle" von Siemens. Vor den Mitarbeitern diskutierten Vertreter der EU-Kommission, Werksleiter, Betriebsrat und Bürgermeister stundenlang über Chancen und Risiken der Erweiterung.

Bellstedt machen die vielen Fragen der Teilnehmer dabei auch etwas nachdenklich. Zwischen den EU-Institutionen und den EU-Regionen fehle eben "noch ein Stück Kommunikation". Brüssel erscheine gerade in Ostdeutschland vielen "wie ein entfernter Moloch". Deshalb müssten auch Bundesregierung und Bundesländer stärker klar machen, welche Rolle die EU schon jetzt für die Bürger spiele.

Die für die Erweiterung zuständige Referentin im deutschen Büro der EU-Kommission, Barbara Gessler, räumt ein, dass die Informationspolitik der Bundesregierung "noch ausbaufähig" sei. Rot-Grün denkt nun darüber nach, ihr als "erfolgreich" bewertetes Programm "Europa in Arbeit" mit Informations- und Begegnungsveranstaltungen und dem dazugehörigen Internet-Auftritt ins nächste Jahr zu verlängern. Eine Entscheidung ist aber einem Sprecher der Bundesregierung zufolge von der Finanzlage abhängig.

Der Europaparlamentarier Elmar Brok (CDU) ist skeptisch, ob solche Angebote überhaupt etwas bringen. Zu den Diskussionsterminen kämen ohnehin nur jene, die sich für die EU interessierten und entsprechende Kenntnisse mitbrächten. Den "kleinen Mann" erreichten die Veranstaltungen kaum. Wichtiger ist es laut Brok, im Zuge der EU-Reform schleunigst transparente Strukturen zu schaffen.

Für Brok ist es eine "Schlüselfrage", dass etwa Streitereien zwischen dem Ministerrat und dem EU-Parlament öffentlich werden. "Spannung entsteht, wo Öffentlichkeit da ist", sagt er. "Das kriegen sie auch mit der besten Informationskampagne nicht hin", fügt er hinzu. Erst wenn die Themen wegen ihres Debatten-Gehalts in der "Tagesschau" angekommen seien, würden die Bürger wirklich

informiert.

Vorurteilen der EU-Bürger und ihrem Informationsstand versucht das seit 1973 halbjährlich erstellte Eurobarometer auf die Spur zu kommen. In seiner jüngsten Erhebung registrierten die Brüsseler Meinungsforscher, dass 74 Prozent der über 2000 in Deutschland Befragten bei der EU-Erweiterung Angst vor steigender Arbeitslosigkeit hätten. An zweiter Stelle fürchten die Deutschen den Wegfall von Sozialleistungen und dann erst den Anstieg von Drogen und Kriminalität. In den meisten anderen EU-Ländern verhält es sich genau umgekehrt. Dort liegt die Angst vor Drogen und Kriminalität an erster Stelle.

Zur EU-Erweiterung gab die Umfrage wenig Anlass zur Freude. Noch interessiert sich laut Eurostat über die Hälfte der Deutschen kaum bis gar nicht für die künftige Gemeinschaft. Immer weniger - mittlerweile nur noch 43 Prozent der Deutschen - seien überhaupt für die Erweiterung. Nur 21 Prozent fühlten sich über den Beitritt der zehn neuen Länder gut informiert.

ddp/chd/bue

xpl032 07.12.02 11:20